

## Die Themen des Monats Dezember 2025

### • BAG: Ohne Arbeit kein Lohn gilt auch bei Bonusprogrammen

Bonusprogramme, Prämien, Provisionszahlungen, Erfolgshonorare und weitere. Die Liste der Namen für variable, leistungsabhängige Entgeltbestandteile ist lang. Dass der Grundsatz „Ohne Arbeit kein Lohn“ auch in diesem Bereich gilt, stellte das Bundesarbeitsgericht in seinen Urteilen vom 02.07.2025, Az. 10 AZR 119/24 und 10 AZR 193/24, klar. Im ersten Fall klagte ein Manager, dessen Team aus Versicherungsberatern im Jahr 2022 das festgelegte Vertriebsziel mit 148 % nicht nur erreicht, sondern deutlich übertroffen hatte. Er selbst arbeitete als Führungskraft nur im Hintergrund an der Organisation des Teams. Grundsätzlich stand ihm die Bonuszahlung auch zu, wurde allerdings um 7416,36 EUR gekürzt, da er für volle zwei Monate in Elternzeit war. Vor dem Arbeitsgericht Düsseldorf obsiegte er, das Landesarbeitsgericht Düsseldorf wies die Klage jedoch größtenteils ab. Es folgte damit der Argumentation des Arbeitsgerichts, dass Arbeitsausfälle keinen Einfluss auf leistungsbezogene Entgeltbestandteile haben sollten, nicht das BAG schloss sich der Ansicht des LAG an. Im entschiedenen Fall war die Vergütung über eine Betriebsvereinbarung geregelt und setzte sich aus einem festen monatlichen Bestandteil („Fixum“) und einem erfolgsabhängigen Bestandteil („Variable“) zusammen. Die Variable berechnete sich nach einer bestimmten wirtschaftlichen Kennzahl. Der Kläger meinte, Anspruch auf die volle Zahlung zu haben, sofern diese Kennzahl erreicht worden sei. Ob er dazu tatsächlich gearbeitet hätte, sei nicht von Belang. Schließlich wäre das Ergebnis noch höher ausgefallen, wenn er durchgängig gearbeitet habe. Die Richterinnen und Richter beim BAG sahen das anders. Unstreitig sei, dass der fixe Gehaltsbestandteil nur bei tatsächlicher Erbringung von Arbeitsleistung zu zahlen sei. Dies gelte auch für den variablen Bestandteil. Denn durch die Möglichkeit, die Zielvorgabe auch übererfüllen zu können, sei hinreichend zum Ausdruck gebracht, dass die Zahlung an die Arbeitsleistung anknüpfe. Es sei demnach keine reine Gratifikation oder Sozialleistung, die unabhängig von der tatsächlich erbrachten Arbeitsleistung zu zahlen wäre. Außerdem sei die Arbeitsleistung im Hintergrund als Manager,

zuständig für die Organisation, dauerhaft zu erbringen, um am Erfolg mitzuwirken. Die konkreten Vertragsabschlüsse hingegen lieferte das Team des Managers. Eine Orientierung rein am erreichten Ziel sei nur möglich, wenn der Manager selbst für alle Abschlüsse tatsächlich verantwortlich gewesen wäre. Dies sei nicht der Fall gewesen. Daher verbleibe es beim arbeitsrechtlichen Grundsatz, dass nur Arbeit entlohnt wird. Das Urteil ist zu begrüßen, da es das vertragliche Austauschverhältnis herausstellt, nachdem nun mal keine Leistung ohne Gegenleistung erfolgen kann.

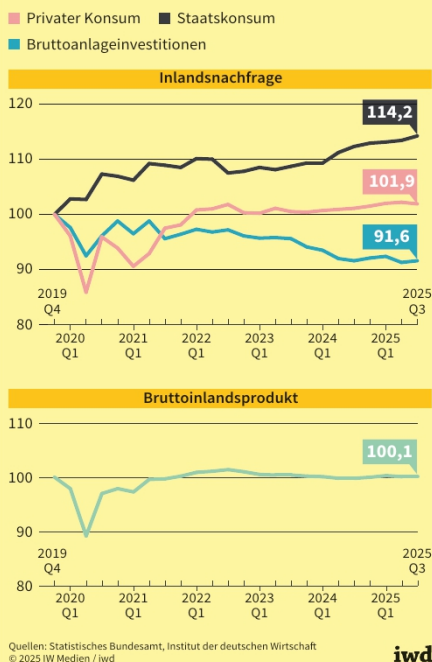
### • Grafik des Monats: Konjunktur vom Staat gestützt

Dass die Wirtschaft in Deutschland in gefährlichem Ausmaß stagniert, ist bekannt. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (IWD) wagt eine Prognose für das Jahr 2026 und beleuchtet dabei die einzelnen Faktoren. Im dritten Quartal 2025 liegt das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland lediglich 0,1 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2019. Dass es nicht negativ ausfällt, ist allerdings kein Verdienst der privaten Wirtschaft. Insbesondere bei den Investitionen hapert es: Die private Wirtschaft investierte im Herbst 2025 real rund 8,5 Prozent weniger in Forschung, Maschinen, Anlagen und Bauten als noch im Jahr 2019. Der private Konsum hat im Vergleich zu 2019 um keine zwei Prozent zugelegt. Dass die Kurve der wirtschaftlichen Entwicklung wenigstens noch seitwärts verläuft, liegt an dem gestiegenen Staatskonsum. Dieser liegt 14,2 Prozent höher als 2019 und damit so hoch wie seit über fünf Jahren nicht mehr. Fraglich ist und bleibt, ob die deutsche Wirtschaft im kommenden Kalenderjahr wieder in Schwung kommen wird. Eine eindeutige Antwort darauf gibt es nicht. Zu unsicher ist die geopolitische Lage. Kriege werden nicht beendet, neue Konflikte flammen auf und das Verhältnis der aktuellen Weltmächte USA und China zur Europäischen Union ist und bleibt eingetrübt. Dies zuletzt belegt durch die Streitigkeiten um seltene Erden und um den Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Ein verlässlicher Markt, auf dem man investieren könnte, ist dies aktuell nicht. Dennoch rechnet das IWD mit einem, wenn auch zaghaften, Aufschwung für das Jahr 2026. Das reale Bruttoinlandsprodukt

dürfte um 0,9 Prozent höher ausfallen als im letzten Jahr. Dazu im Einzelnen: Außenhandel: Der Standortnachteil durch eine zu hohe Kostenstruktur bleibt bestehen, damit könnte Deutschland am ohnehin schwachen globalen Wachstum nur bedingt teilhaben. Nach der Prognose werden die deutschen Exporte im kommenden Jahr in preisbereinigter Berechnung nur um 0,3 Prozent zulegen. Die Impulse hierzu kommen insbesondere aus Europa, die Geschäftsbeziehungen zu den USA und China bleiben schwierig. Die militärische Aufrüstung ist hier tragender Faktor.

### Konjunktur vom Staat gestützt

Preis-, saison- und arbeitstätiglich bereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Investitionen: Nach jahrelanger Zurückhaltung wird sich die Investitionstätigkeit 2026 auf ein reales Wachstum in Höhe von 2,2 Prozent erhöhen. Dies wird insbesondere an Ersatzinvestitionen liegen, in Bezug auf neue Investitionen ist die Prognoseunsicherheit hier aus genannten Gründen besonders hoch. Im Bausektor werden die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen verlangen und die realen Bauinvestitionen um 1,5 Prozent steigen. Beim Konsum wird der Staat tragender Faktor bleiben, die Ausgaben werden prognostisch um ein Prozent insgesamt steigen. Arbeitsmarkt: Eine Erhöhung der offenen Stellen ist angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht zu erwarten, dennoch dürfte der Arbeitsmarkt insgesamt mit 46 Millionen Erwerbstätigen stabil bleiben.

### • LAG Hessen: Ausschluss aus dem Betriebsrat bei grobem Datenschutzverstoß

Ein Betriebsratsvorsitzender kann aus dem Betriebsrat ausgeschlossen werden, wenn er in groblicher Weise gegen die Vorschriften des Datenschutzrechts verstößt. Das hat das hessische Landesarbeitsgericht mit Beschluss vom 10.03.2025, Az. 16 TaBV 109/24 entschieden. Der Betriebsratsvorsitzende hatte sich auf seinen dienstlichen E-Mail-Account eine automatische Weiterleitung auf seine private E-Mail-Adresse bei dem Anbieter GMX eingerichtet. Nachdem die Arbeitgeberin, eine Klinik mit rund 400 Angestellten, davon erfuhr, mahnte sie den Betriebsratsvorsitzenden Ende September 2023 deswegen ab. Ende Oktober 2023 bemerkte die Arbeitgeberin, dass der Betriebsratsvorsitzende sich dienstliche E-Mails an eine neue private E-Mail-Adresse weitergeleitet hatte, von welcher aus er E-Mails mit dienstlichem Bezug verteilte. Darunter befand sich auch eine vollständige Personalliste mit Namen, Stellung im Betrieb, Tarifgruppe, Stufe, Grundentgelt und weiteren Informationen, die er wiederum an seinen dienstlichen E-Mail-Account leitete. Die Arbeitgeberin beantragte daraufhin nach einem Personalgespräch den Ausschluss aus dem Betriebsrat gem. § 23 Abs. 1 S. 1 BetrVG wegen grober Verletzung der gesetzlichen Pflichten des Betriebsratsvorsitzenden. Das Arbeitsgericht Wiesbaden gab dem Antrag der Arbeitgeberin statt. Die Beschwerden

des Betriebsrats und des Betriebsratsvorsitzenden blieben vor dem Landesarbeitsgericht Hessen erfolglos. Nach § 79a S. 1 BetrVG ist der Betriebsrat zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben bei der Verarbeitung personenbezogener Daten selbst verpflichtet. Innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs ist der Betriebsrat daher eigenverantwortlich verpflichtet, die Umsetzung technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung der Daten- und Informationssicherheit nach datenschutzrechtlichen Vorschriften vorzunehmen. Die Weiterleitung umfangreicher, besonders sensibler Personaldaten an private E-Mail-Accounts ist damit unvereinbar. Wegen des Umfangs und der Intensität des Verstoßes gegen datenschutzrechtliche Vorgaben sah das Gericht den Antrag der Arbeitgeberin als begründet an. Dem Betriebsratsvorsitzenden half auch seine Einlassung, er habe zu Hause einen größeren Monitor und sein System sei gegen Viren gesichert, nichts. Die wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassene Rechtsbeschwerde ist beim BAG anhängig.



Felix Knoblauch  
Rechtsanwalt  
(Syndikatsrechtsanwalt)

### • Seminarangebot im Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft

Infos zu den Seminarangeboten erhalten Sie unter:  
<https://www.biwe-akademie.de>

### Kontakt:

**Südwestmetall**  
Bezirksgruppe Ostwürttemberg  
Telefon: 0 73 61 92 56-0  
[aalen@suedwestmetall.de](mailto:aalen@suedwestmetall.de)  
[www.suedwestmetall.de](http://www.suedwestmetall.de)